

Niederschrift

der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Sommersdorf vom 19.11.2018

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:20 Uhr
Ort: Sitzungsraum der Gemeinde in Marienborn
Anwesende: lt. Anwesenheitsliste
Entschuldigt: Fr. Frenkel
Gäste: s. Anwesenheitsliste
Verwaltung: Fr. Wettengl - Protokoll

Tagungsverlauf

Öffentlicher Teil

1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr durch Herrn Müller eröffnet. Die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zu dieser Sitzung wird festgestellt. Der Rat ist mit 12 Ratsmitgliedern beschlussfähig.

2) Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung des öffentlichen Teils der Tagesordnung

Herr Quedenfeld beantragt, den TOP 7 gleich als nächsten Punkt vorzuziehen. Dem Antrag wird stattgegeben und die geänderte Tagesordnung einstimmig angenommen.

3) Einwohnerfragestunde

Die Vertreter vom AOV Oschersleben bitten um Auskunft zum Stand Sanierung Himmelsteich.

- Projekt wird im BA der Verwaltung bearbeitet und wird in die Vorbereitung zum HH 2019 mit einbezogen; jedoch liegen noch keine Zahlen vor
- Beschlussfassung des HH für Geb./März anvisiert
- in den nächsten Sitzungen soll zu diesem Thema noch einmal beraten und abschließend entschieden werden, was finanziell gemacht werden kann
- Verwaltung wird beauftragt, das Projekt Himmelsteich mit Zahlen zu unterlegen und in die HH-Planung 2019 mit einzureichen.

Abschließend möchten die Gäste wissen, ob für die ehem. Badeanstalt wieder ein neuer Antrag als Pachtgewässer gestellt werden kann, da dieser vor geraumer Zeit gekündigt wurde und zwischenzeitlich sich nichts getan hat.

- Die weitere Verfahrensweise ist gegenwärtig noch nicht geklärt, so dass diese Anfrage noch nicht abschließend beantwortet werden kann.

Die Gäste verlassen anschließend den Sitzungsraum.

4) Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Verbandsgemeinde Obere Aller - Zustimmung zum Vorentwurf

Herr Funke informiert über den aktuellen Stand und die Rechtsgrundlagen zum Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde und dessen Begründung. Der gesamte Text ist auf der Seite der Verbandsgemeinde im Internet einzusehen.

Hinsichtlich der Wohnbauflächen bestehen in den Ortslagen Verdichtungsmöglichkeiten, welche jedoch durch denkmalrechtliche Belange eingeschränkt werden. Bauliche Erweiterungen bestehen in Marienborn westlich des Sportplatzes (ca. 6 Bauplätze) und in Sommerschenburg im Bereich der aufgelassenen Kleingartenanlage in der Nähe des Himmelteiches (ca. 10-12 Bauplätze). In der Ortslage Sommersdorf sind verschiedene einzelne Verdichtungsmöglichkeiten vorhanden.

Gemischte Bauflächen sind in Marienborn der alte Ortskern mit Klosteranlage/-gut und die Siedlung am Bahnhof; in Sommersdorf der alte Ortskern und in Sommerschenburg der Schlossbereich mit Gutshof und angrenzende Flächen an der Gneisenaustraße ausgewiesen.

In Bezug auf die gewerblichen Flächen hat die Verbandsgemeinde einen Nachholebedarf an Arbeitsplätzen für die in ihrem Bereich wohnenden Beschäftigten. Gegenwärtig hat weniger als jeder zweite Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in der Verbandsgemeinde.

Für die Gemeinde Sommersdorf wurde im Entwurf jetzt die Fläche an der K 1145 gegenüber dem bestehenden Gewerbegebiet vorgesehen. Die Fläche zwischen der Bahnhofsiedlung der Gemarkungsgrenze umfasst eine Fläche von ca. 6 ha. Problem bei dieser Fläche sind die sehr stark gesplitterten Eigentumsverhältnisse. Die auf der anderen Seite noch freie Fläche angrenzend an der bestehenden gewerblichen Bebauung bis zur Gemarkungsgrenze von ca. 3 ha hat eine sehr schwierige Geländestruktur.

Als Sonderbauflächen für Photovoltaikanlagen sind in Marienborn die ehem. Stallanlagen der Twölfte Mühle und die ehem. landw. Betriebsstätte in Sommerschenburg (Birnenallee) ausgewiesen.

Die Denkmalbereiche wurden von der Landesebene übernommen.

Von Herrn Schuster wird in der anschließenden Diskussion dargelegt, dass er es besser sehen würde, wenn mehr Möglichkeiten für Wohnbebauungen ausgewiesen werden als noch eine weitere Gewerbefläche in Marienborn mit aufzunehmen, bei der man schon von vornherein die Problematik mit den Eigentumsverhältnissen kennt.

Hinsichtlich der Anfrage nach Erweiterung der Wohnbauflächen, wenn diese ausgeschöpft sind, teilt Herr Funke mit, dass die Möglichkeit besteht über Änderungen Flächen neu aufzunehmen.

Herr Büttners Frage zur Grünfläche im Bereich der Magdeburger Siedlung wird von Herrn Funke dahingehend beantwortet, dass es sich hierbei um keine landwirtschaftliche Nutzfläche handelt sondern um eine reine Grünfläche z.Bsp. für Pferdenutzung.

Da keine weiteren Anfragen bestehen, wird der Beschluss zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: 22/2018

Der Gemeinderat Sommersdorf stimmt dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Obere Aller und dem Vorentwurf der Begründung (Planungsstand November 2018) zu.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen / 1 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

5) Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 10.09.2018

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 10.09.2018 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

6) Bekanntgabe der gefassten Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung vom 10.09.2018

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 10.09.2018 wurde der Beschluss 21/2018 – Erwerb eines Grundstückes in Sommersdorf – einstimmig beschlossen.

7) Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Müller überreicht den Ratsmitgliedern die aktuelle Ausführung zum IGEK und verliest ein Schreiben von Herrn Dr. Bock.

Weiterhin teilt er folgendes mit:

- die Abnahme der Straße zwischen Sommersdorf und Sommerschenburg ist erfolgt. Morgen erfolgt die offizielle Übergabe. Die ganze Strecke wird auf 70 km/h begrenzt werden.
- Durch die Verwaltung soll in Abstimmung mit der Polizei in allen drei Ortsteilen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.
- Für die Straße von Belsdorf kommend Richtung Sommerschenburg soll das OA sich mit dem LK hinsichtlich einer Geschwindigkeitsbeschränkung (70) in Verbindung setzen.
- Die Gneisenaugesellschaft plant für 2019 wieder ein Biwak.

8) Beratung zur Haushaltsplanung 2019

Hinsichtlich der Eckpunkte zum Haushalt 2019 steht die Kreisumlage bei 41% und die kommenden Abschreibungen werden den HH ebenfalls belasten. Die zugesandten Unterlagen zu den 24-WE Blöcken sollte von den Ratsmitgliedern genauestens studiert werden. In den kommenden Wochen werden noch weitere Gespräche mit der Haushaltssachbearbeiterin geführt, so dass in der nächsten Ratssitzung der HH konkreter diskutiert werden kann.

Herr Schuster weist auf die Querrillen in der Bahnhofstraße hin. Hier müsste zeitnah etwas gemacht werden und weitere Schäden vorzubeugen.

- durch Verwaltung sollte schnellstmöglich eine Begutachtung der Straße und eine Entscheidungsvorschlag der Gemeinde unterbreitet werden

Frau Riechers-Knape teilt mit, dass man hinsichtlich der Wohnblöcke die Variante nur Anstrich und Setzen der entfernten Balkone finanztechnisch durchrechnen sollte. Wären diese Maßnahmen auf die Miete umlegbar. Weiterhin wird um Mitteilung gebeten, wie viele Mietausstände in beiden Blöcken bestehen und wann die letzte Mieterhöhung stattgefunden hat.

Von Herr Dr. Beichler wird angesprochen, dass die Punkte vom Kultur- und Sozialausschuss in den Haushalt 2019 mit eingeplant werden sollen.

9) **Diskussion zur rechtlichen Anpassung der Hundesteuersatzung**

Zu dem vorliegenden Entwurf gab es von Herrn Herrmann die Anfrage, ob die im § 11 Abs. 1 Forderungen (z.Bsp. zum bisherigen Halter, tierbezogenen Daten usw.) notwendig sind.

Frau Riechers-Knape fragt an, wie man nachkommen kann, wer seine Tiere angemeldet hat.

- hierfür könnte man sich bei der VerBGem Listen anfordern und diese dann entsprechend durchgehen

Nach kurzer Diskussion zum Entwurf und den Hebesätzen wurde festgehalten, dass der Entwurf in der vorliegenden Fassung als Beschlussvorlage zur nächsten Ratssitzung vorgelegt werden soll. Eine Veränderung der Hebesätze ist z.Z. nicht vorgesehen.

10) **Beratung und Beschlussfassung**

10.1) **Bauleitplanung Sommersdorf - Bebauungsplan "Gneisenaustraße I" - Abwägungsbeschluss**

Der Beschluss wird nach Verlesung zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: 23/2018

- Die während der öffentlichen Auslegung vom 20.08.2018 bis einschließlich 24.09.2018 zum Entwurf des Bebauungsplanes „Gneisenaustraße I“ in Sommersdorf OT Sommerschenburg vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, die im Rahmen der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die von den Nachbargemeinden eingeholten Stellungnahmen hat der Gemeinderat entsprechend des anliegenden Abwägungsprotokolls geprüft und mit folgendem Ergebnis gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen:

- a) berücksichtigt werden Stellungnahmen mit der lfd. Nummer: 2.2.; 2.3.; 2.8.
- b) teilweise berücksichtigt werden Stellungnahmen mit der lfd. Nummer: 2.5.
- c) nicht berücksichtigt werden Stellungnahmen mit der lfd. Nummer: ./.

Die nicht genannten lfd. Nummern des Abwägungsprotokolls betreffen Stellungnahmen ohne Abwägungserfordernis.

Das Abwägungsprotokoll ist Bestandteil des Abwägungsbeschlusses.

- Die unter Punkt 1a berücksichtigten und unter Punkt 1b teilweise berücksichtigten Stellungnahmen sind in den Entwurf des Bebauungsplanes „Gneisenaustraße I“ einzuarbeiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit sowie die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis der Abwägung mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

10.2) Kommunalwahlen 2019

Der Beschlussantrag wird verlesen und zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: 24/2018

Auf der Grundlage des § 10a, Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KWG LSA) in der derzeit gültigen Fassung überträgt die Gemeinde Sommersdorf die Aufgaben des Gemeindevorstandes insgesamt auf den stellvertretenden Verbandsgemeindevorstand und zugleich die Aufgaben des Gemeindevorstandes insgesamt auf einen vom Verbandsgemeinderat zu berufenden Wahlausschuss.

Diese Aufgabenübertragung gilt für die Kommunalwahlen am 26.05.2019.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

11) Anfragen und Anregungen

Herr Gutsch teilt mit, dass der Graben am Wald gegenüber vom Friedhof durch das viele verrottete Laub verschlammte und es bei Starkregen zur Überflutung der Straße kommen kann.

Der Durchlass wird regelmäßig gesäubert.

- Graben müsste ausgebaggert werden
- Verwaltung soll klären, wer für diese Maßnahme zuständig ist; dann entsprechend zur Veranlassung anschreiben

Herr Büttner begrüßt die Geschwindigkeitsbegrenzung (30) in Marienborn und bittet um Mitteilung, wie lange und aus welchem Grund die temporäre Begrenzung eingerichtet wurde. Er weist noch einmal auf die Absenkung bei der Wirpkebrücke hin.

Herr Dr. Beichler informiert über das Konsumgespräch am kommenden Freitag zum Thema „Sprachforschung auf dem Lande“.

Herr Bischoff fragt an, ob bei der Bauabnahme der neuen Straße nicht festgestellt wurde, dass der Übergang vom alten Asphalt zur jetzt ausgebauten Straße (ca. Höhe Grundstück Müller) sehr uneben ist und dass die neue Asphaltierung im Bereich Friedhof bereits geflickt wurde. Weiterhin weist er auf die immer noch nicht verschlossene Baustelle im Bereich Gänseberg hin.

- Asphaltische Baustelle ist Angelegenheit des LK, da diesem der Straßenkörper obliegt
- Verwaltung soll Baustelle am Gänseberg klären.

Herr Quedenfeld spricht an, dass bei der Bewirtschaftung der ländlichen Flächen die angrenzenden Wege immer weiter durch Umpflügen der Ränder verkleinert werden. Hier sollte besonders bei den gemeindeeigenen Flächen entsprechend gehandelt werden. Vorerst sollten diese Flächen aufgelistet werden und dann langfristig eine Lösung zur Umsetzung gefunden werden.

In Bezug auf die neue Straße sollten über folgende Maßnahmen nachgedacht werden:

- Aufstellung Schild „Kinder“ (wegen Bushaltestelle)
- Schaffung eines Baumtores zur optischen Verkleinerung der Straße
- Elektrische Geschwindigkeitsanzeige

Von Herrn Helf wird die katastrophale Parksituation in der Unterburg angesprochen.

- Hierzu soll ein Vororttermin mit OA, BM und Ratsmitgliedern vereinbart werden.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20.55 Uhr geschlossen.